

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 788

Mittwoch, 27. September 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Plurinationaler Generalstreik der CODECA zur Verteidigung der Demokratie.....	1
Blockaden: Handelskammer will Ordnung aufrechterhalten.....	2
SEMILLA beantragt beim Obersten Gerichtshof ein Ende der Verfolgung der Partei.....	2
Verfassungsgericht weist erste Klage von Semilla aus formalen Gründen zurück.....	3
Giammattei in seiner letzten Rede vor der UN-Generalversammlung.....	5
Die 107 Lynchmorde seit 2016 zeigen, wie groß die Unsicherheit im Land ist.....	5

Plurinationaler Generalstreik der CODECA zur Verteidigung der Demokratie

Guatemala, 19. September - Seit 6:00 Uhr morgens haben sich Mitglieder und Verantwortliche des Komitees für bäuerliche Entwicklung (CODECA) auf den wichtigsten Autobahnen des Landes versammelt, um sich der Petition für die Rücktritte von Consuelo Porras als Generalstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft (MP), des Leiters der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, und des Richters Fredy Orellana anzuschließen.

"Wir wollen, dass sie zurücktreten! Sie sind die wahren Verräter der Demokratie im Land", sagte eine der traditionellen Autoritäten, die sich über ein Megaphon an die Menschen wandte, die den Kilometer 187,5, Cuatro Caminos, Totonicapán, besetzten. Der Slogan wurde an allen 19 Punkten im Land wiederholt, an denen sich die Bevölkerung versammelte, um dem Aufruf des plurinationalen Streiks zu folgen.

Nach Angaben der Anführer*innen des friedlichen Protests wurde diese Aktion nach Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel durchgeführt. Sie versicherten, dass sie keine politische Partei verteidigten, sondern das Votum der Bürger*innen. "Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Erfolge des Volkes durch Strassenkämpfe errungen wurden. Der friedliche Widerstand ist die Waffe des guatemalteckischen Volkes", sagte einer von ihnen.

Eine weitere Forderung war der Rücktritt von Präsident Alejandro Giammattei, der während der Proteste im Land seine letzte Rede vor der UN-Generalversammlung hielt. Dort betonte er, dass der Wahlprozess des Landes unter "unnötiger" Einmischung der internationalen Gemeinschaft durchgeführt worden sei.

Der plurinationale Streik mobilisierte auch die Bevölkerung von Guatemala-Stadt, die sich am Obersten Gerichtshof versammelte und durch die Hauptstrassen und -alleen zog, bis sie den Sitz der Staatsanwaltschaft MP im Barrio Gerona, Zone 1, erreichte. Der Marsch wurde von Akademiker*innen und Maya-Führer*innen sowie der Abgeordneten der Partei Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP), Vicenta Jerónimo, begleitet, die die Staatsanwält*innen von Porras beschuldigten, Menschenrechtsverteidiger*innen zu kriminalisieren.

Aufzeichnungen der Unidad Ejecutora de Conservación Vial (COVIAL) zufolge wurden unter anderem die Brücke Castillo Armas, Sanarate, El Progreso, La Ruidosa, Izabal, Las Trampas, Santa Lucía Utatlán, Ixcán und San Juan Ermita, Chiquimula, Petén, eingenommen. Um drei Uhr nachmittags meldete COVIAL 14 von ihr genehmigte Punkte.

In Poptún, Petén, führte die friedliche Demonstration Menschen aus verschiedenen Gemeinden zusammen. "Wir tun niemandem etwas Böses, wir sagen nur den korrupten Leuten, die unser Land regieren, die Wahrheit. Lasst uns weiterkämpfen, denn die Korruption wird nicht aufhören, bis die neue Regierung im Amt ist", sagte einer der Demonstranten.

Die Bevölkerung stellte auch Forderungen zu anderen Themen, die sie betreffen, z.B. zum Grundnahrungsmittelkorb, zur Erhöhung der Fahrpreise und der Stromkosten, zur Verfolgung des Obersten Wahlgerichtshofes und SEMILLA, der Partei des gewählten Präsidenten, durch die MP.

Der plurinationale Streik findet einen Tag nach landesweiten Protesten statt, die von der Organisation der 48 Kantone von Totonicapán, dem indigenen Bürgermeisteramt von Sololá und dem Xinka-Parlament angeführt werden, die ebenfalls eine einstweilige Verfügung beim Verfassungsgericht eingereicht haben, in der die Leiterin der MP aufgefordert wird, Massnahmen zu unterlassen, die das Wahlrecht gefährden oder bedrohen.

Dieser friedlichen Demonstration ging eine weitere Grossdemonstration des gewählten Präsidenten Arévalo voraus, der gemeinsam mit der Vizepräsidentin Karin Herrera vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ) eine einstweilige Verfügung beantragte, um die Massnahmen der MP gegen deren Partei und den Wahlprozess zu stoppen, da dadurch die Demokratie des Landes gefährdet wird. "Das Volk hat bereits gesagt, was es will, und was das Volk von Guatemala will, ist der Wandel und die Rückgewinnung der Hoffnung, der Zukunft und der Institutionen von den korrupten politisch-kriminellen Eliten", sagte Arévalo nach Einreichung der Klage. (Prensa Comunitaria)

Blockaden: Handelskammer will Ordnung aufrechterhalten

Guatemala, 19. September - Die Guatemaltekisch-Amerikanische Handelskammer (AmCham) forderte die Behörden auf, die öffentliche Ordnung angesichts der vom Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA) organisierten Proteste und Strassenblockaden aufrecht zu erhalten und die in der politischen Verfassung der Republik Guatemala verankerten Rechte der Guatemaltek*innen zu wahren. In diesem Zusammenhang lehnt die AmCham die Blockaden, die seit den frühen Morgenstunden des 19. September in über zehn Orten des Landes durchgeführt wurden, entschieden ab.

Demonstrationen

AmCham wies darauf hin, dass sie das in der Verfassung verankerte Recht auf Demonstrationen respektiere; sie wies jedoch darauf hin, dass diese Unmutsäusserungen "friedlich und ohne Unterbrechung der Freizügigkeit" aller Guatemaltek*innen erfolgen müssten. Sie verwies auf Artikel 26 der Verfassung, der besagt, dass "alle Personen die Freiheit haben, in das nationale Hoheitsgebiet einzureisen, sich dort aufzuhalten, es zu durchqueren und zu verlassen sowie ihren Wohnsitz und Aufenthalt ohne andere als die gesetzlich festgelegten Beschränkungen zu wechseln".

Behinderungen der Strassen und Wege

Im Rahmen des Überwachungsplans der Generaldirektion für die Sicherung auf den Strassen (PROVIAL) des Ministeriums für Verkehr, Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau (CIV) wurden verschiedene Blockaden auf den Hauptstrassen des Landes gemeldet. Bis zum Mittag gab es zwölf verschiedene Strassenblockaden, bei denen die Durchfahrt von CODECA-Mitgliedern behindert wurde. Um 13.00 Uhr meldete CODECA die Anwesenheit von Bereitschaftspolizist*innen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) bei der Blockade im Departement Retalhuleu. (La Hora)

SEMILLA beantragt beim Obersten Gerichtshof ein Ende der Verfolgung der Partei

Guatemala, 18. September - Unterstützt von Hunderten von Bürger*innen reichte das designierte Präsident*innenpaar Bernardo Arévalo und Karin Herrera am Montag eine einstweilige Verfügung ein, um die anhaltende Verfolgung der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) gegen die Partei SEMILLA und das Oberste Wahlgericht (TSE) zu stoppen.

Nach Angaben des gewählten Präsidenten zielt die gestern Abend beim Obersten Gerichtshof (CSJ) eingereichte einstweilige Verfügung darauf ab, Handlungen zu stoppen, die die Demokratie gefährden. Arévalo prangerte kürzlich öffentlich an, dass ein "Staatsstreich im Gange" sei und beschuldigte die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, dass sie das Ziel verfolge, die Machtübernahme von SEMILLA zu verhindern.

Bereits Stunden vor der Einreichung der einstweiligen Verfügung fanden sich zahlreiche Demonstrant*innen vor dem CSJ ein, die dem Aufruf von Arévalo vom Wochenende gefolgt waren, sich dem Protest gegen die MP anzuschliessen. "Wir haben die Notwendigkeit gesehen, gegen diese Beamt*innen, die das Land und sein Volk verraten haben, Klage zu erheben", sagte der gewählte Präsident, als er sich an seine Anhänger*innen wandte, die vor dem CSJ eintrafen.

Karin Herrera, die gewählte Vizepräsidentin, dankte den Guatemaltek*innen für ihren Mut, Demokratie und Freiheit während der rechtsstaatlichen Verfahren gegen die MP zu verteidigen.

An der Sitzblockade nahmen auch Mitglieder verschiedener Organisationen und des Privatsektors teil, darunter die Einheit zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen (UDEFEQUA), der Nationale Wirtschaftsrat (CNE), die Union der Bäuer*innenorganisationen von Verapaz, die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und das Büro des indigenen Bürgermeisters von Palín, Escuintla, um nur einige zu nennen.

Vor der Einreichung der einstweiligen Verfügung haben Mitglieder der indigenen Gemeinden das traditionelle Verfahren des Xik'ay für jene Beamt*innen angewandt, die sie als "korrupt" bezeichneten. Bei dieser Aktion handelt es sich um eine Sanktion, eine uralte Maya-Rechtsprechung gegen Menschen, die einen Fehler begehen, um sich ihren Weg zu eb-
nen.

In der von SEMILLA eingereichten einstweiligen Verfügung heisst es, dass die von Staatsanwalt Curruchiche eingeleiteten Massnahmen "rechtswidrig" gewesen seien und deshalb ein Beschluss gefasst werden müsse, um die "Kriminalisierung" von Parteimitgliedern und der TSE, die die diesjährigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für gültig erklärt hat, zu beenden. Die Klage richtet sich gegen Consuelo Porras, den Leiter der FECI, Rafael Curruchiche, die Staatsanwältin Cinthia Monterroso und den Richter Fredy Orellana, weil sie die jüngsten Razzien bei der TSE genehmigt haben.

OAS-Generalsekretär Luis Almagro wird deutlich: Die FECI versucht, "den Willen des Volkes zu umgehen".

Fünf Stunden bevor Arévalo die Klage vorstellte, legte der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, Luis Almagro, dem Ständigen Rat seinen Bericht über die Schlussfolgerungen seines jüngsten Besuchs in Guatemala vor. Darin betonte er, dass "die von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anschuldigungen unklar und ohne rechtliche Grundlage sind. Es handelt sich eindeutig um die Verfolgung einer politischen Partei. Die Einschüchterungsversuche gegen das politische System und die Partei Movimiento SEMILLA müssen aufhören. Wir können nicht zulassen, dass eine Staatsanwaltschaft, die für Wahlangelegenheiten nicht zuständig ist, die Rechtsstaatlichkeit und die Verfassung des Landes bricht."

Der Diplomat sagte auch, dass die Hauptfolge des Vorgehens der FECI darin bestehe, "den Willen des Volkes zu umgehen". Darüber hinaus bezog er diese Kritik auch auf die Massnahmen der Staatsanwaltschaft und des Richter Orellana gegen die TSE.

FECI setzt seine Ermittlungen fort

Vor sechs Tagen führte die FECI mit Genehmigung des Richters Fredy Orellana eine Razzia im Bürgerregister des Obersten Wahltribunals (TSE) und im Operationszentrum für Wahlprozesse (COPE) im Parque de la Industria durch. In zwei Büros des TSE wurde die Anwesenheit von Staatsanwält*innen während der Beweisaufnahme beobachtet. "Dieses Verfahren geht auf eine Beschwerde zurück, vor allem auf die Ergebnisse, die am 25. Juni vorgelegt wurden. Wir haben diese Beschwerde weiterverfolgt. Es stimmt zwar, dass es eine Kiste gab, in der Beweise gefunden wurden, aber wir haben in Erwägung gezogen, aufgrund dieser Beschwerde ein Überprüfungsverfahren durchzuführen", sagte der Leiter der FECI, Rafael Curruchiche, der im Parque de la Industria war.

Die Aktion dauerte zwei Tage und in den Videos und Fotos, die in den sozialen Netzwerken kursierten, war zu sehen, wie sie die Wahlurnen mit den Stimmzetteln öffneten, obwohl dies nach dem Gesetz über Wahlen und politische Parteien verboten ist. Die FECI verwendete für das Verfahren im Zusammenhang mit der von der Partei von Sandra Torres eingereichten Klage wegen angeblichen Betrugs bei den Präsidentschaftswahlen dieselbe Ermittlungsverfahrensnummer wie im Fall SEMILLA. Am 25. August hatte die Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) eine Beschwerde wegen angeblicher Unregelmässigkeiten bei der Auszählung der Stimmen und der Übermittlung der Ergebnisse aus verschiedenen Bezirken eingereicht. (Prensa Comunitaria)

Verfassungsgericht weist erste Klage von Semilla aus formalen Gründen zurück

Guatemala, 19. September - Das Verfassungsgericht (CC) hat die Berufung des Movimiento SEMILLA gegen die Entscheidung der Ersten Kammer des Berufungsgerichts der Strafkammer abgewiesen. Die von der Partei beantragte einstweilige Verfügung richtete sich gegen die Entscheidung des Leiters der Siebten Strafkammer, Fredy Orellana, die Rechtspersönlichkeit der politischen Gruppierung endgültig auszusetzen.

Der Anwalt von SEMILLA und Mitglied des Zentralamerikanischen Parlaments (Parlacén), Juan Gerardo Guerrero Garnica, versicherte in diesem Zusammenhang, dass die Tatsache, dass keine einstweilige Verfügung in ihrem Sinne erlassen wurde, nicht bedeute, dass der Rechtsstatus der politischen Gruppierung aufgehoben sei.

Das Verfassungsgericht erklärte die von SEMILLA über ihren Rechtsvertreter Hugo Alfredo Bautista del Cid eingelegte Berufung für unzulässig und bestätigte damit die Entscheidung der Ersten Berufungskammer vom 24. August, in der die Aussetzung der von der politischen Organisation eingereichten Klage angeordnet wurde.

Nach Ansicht des Verfassungsgerichts ist der gewählte rechtliche Ansatz nicht der richtige, da "die in Artikel 19 des Gesetzes über die Einstweilige Verfügung, die persönliche Antragstellung und Verfassungsmässigkeit vorgesehene Verpflichtung der Antragsteller*innen, die in den Rechtsvorschriften über den beanstandeten Akt vorgesehenen Mittel vor der Einreichung der Einstweiligen Verfügung auszuschöpfen, nicht eingehalten worden seien".

Diese Entscheidung wurde aus Gründen der Rechtssicherheit getroffen, denn aufgrund des "subsidiären und aussergewöhnlichen" Charakters der Klage kann sie nicht als verfahrensrechtlicher Ersatz für ordentliche verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe dienen, erklärte das CC.

In diesem Sinne erklärte das Gericht, dass SEMILLA sich direkt an Richter Orellana hätte wenden sollen, um eine Verfügung zu erwirken und eine Berufung zur Neuentscheidung einzuleiten. Dieses Verfahren habe sie nicht eingehalten. "Dieses Verfahren wäre geeignet, jenes Urteil anzufechten, mit dem der Richter die eingereichte Anfechtung nicht zur Bearbeitung zugelassen hat, da die in Artikel 402 der Strafprozessordnung festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind, da es ohne vorherige Anhörung erlassen wurde und nicht mit einer Berufung angefochten werden kann", fügte das CC hinzu. Nach der Interpretation der Red. bedeutet das, dass die CC die Entscheidung von Orellana, die Berufung nicht zuzulassen, zwar für rechtswidrig hält, aber meint, dass SEMILLA dies mit den falschen Mitteln, nämlich mit dem Gang zu ihrem Gericht, anzufechten versucht.

SEMILLA sagt, dass die Berufungen noch nicht abgeschlossen sind

Zu diesem Thema gab SEMILLA ein Kommuniké heraus, in dem es daran erinnerte, dass ihr das Urteil 2279-2023 des Obersten Gerichtshofs zugestellt wurde, mit dem eine von der Partei angestrebte Klage rechtskräftig entschieden wurde, in der beschlossen wurde, dass der Grundsatz des Wechsels bei der Amtsausübung geschützt werden muss, sodass die Vergabe von Ämtern und die Amtseinführung der gewählten Behörden gewährleistet werden müssen.

In diesem Zusammenhang erläuterte die Partei, dass ihr die Entscheidungen über die Berufungen 5004-2023 und 5146-2023 mitgeteilt wurden, mit denen sie die Aussetzung der von Richter Orellana erlassenen Beschlüsse beantragte, in denen er die Anfechtung gegen den Richter zurückweist, sowie die in der Gerichtsakte 10179-2023-00231 eingereichte Berufung auf Wiedererwägung.

Daher betonte das Kommuniké, dass verfassungsrechtliche Klagen und Berufungen gegen die rechtswidrige und willkürliche Verfügung von Orellana über die Aufhebung der Rechtspersönlichkeit von SEMILLA noch anhängig seien, die das Gesetz gegen das organisierte Verbrechen in rechtswidriger, anomaler und gefährlicher Weise instrumentalisiert.

"SEMILLA genießt weiterhin den Schutz des Gesetzes über die Wahlen und die politischen Parteien (LEPP), und seine Rechtspersönlichkeit ist weiterhin registriert und in Kraft".

Darüber hinaus betonte es, dass die endgültige Verfügung des Obersten Gerichtshofs die Rechtmässigkeit des Wahlprozesses aufrechterhält und somit garantiert, dass der Wille des guatemaltekischen Volkes im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen respektiert werde.

Weiterhin ruft SEMILLA die guatemaltekischen Bürger*innen dazu auf, das Vorgehen der Justizbehörden zu beobachten, da der Wille des Volkes vom guatemaltekischen Staat respektiert werden müsse.

Die Stiftung gegen Terrorismus weiss früher von Urteilen als die Kläger*innen ... und verzerrt die Inhalte

Der SEMILLA-Anwalt Guerrero Garnica erklärte gegenüber La Hora, dass Raúl Falla, ein Mitglied der Stiftung gegen den Terrorismus, in den sozialen Netzwerken behauptet habe, der Rechtsstatus der Partei sei ausgesetzt worden, weil eine Berufung nicht zugelassen worden sei. "Die Information ist völlig falsch und verzerrt. Die Tatsache, dass weder eine einstweilige Verfügung noch eine Berufung bewilligt wurde, bedeutet nicht, dass der Rechtsstatus der Partei ausgesetzt wurde, wie Raúl Falla andeutet", sagte er. Guerrero Garnica stellte auch die Art und Weise in Frage, in der Falla die Informationen erhalten hatte, denn als der Jurist mit La Hora sprach, war die politische Partei noch nicht über die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs informiert worden.

Andrea Reyes, gewählte Kongressabgeordnete und Anwältin der Partei, äusserte sich entsprechend: "In beiden Verfahren wurde die Rechtspersönlichkeit der Partei nicht in Frage gestellt. Es handelte sich um zwei verfahrenstechnische Einsprüche, die abgelehnt wurden. Die Bewegung SEMILLA besteht rechtlich weiterhin", sagte sie.

Der Hintergrund

Die juristischen Aktivitäten gehen auf die Entscheidung von Richter Orellana zurück, die Bewegung SEMILLA auf Antrag der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) unter der Leitung von Rafael Curruchiche wegen angeblicher Fälschung von Unterschriften zu suspendieren. Diese Entschliessung wurde eine Stunde, bevor das Oberste Wahlgericht (TSE) die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen offiziell machte und einen zweiten Wahlgang zwischen Sandra Torres von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) und Bernardo Arévalo von der Semilla ansetzte, verkündet, was ein Klima der Ungewissheit in Bezug auf den Wahlprozess und die Zukunft der Partei schuf, weshalb die Organisation versucht hat, die Entscheidung von Orellana aufzuheben. (La Hora)

Giammattei in seiner letzten Rede vor der UN-Generalversammlung

New York, 19. September - Bei seinem letzten Auftritt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) bekräftigte Präsident Alejandro Giammattei, dass er sein Amt am 14. Januar 2024 abgeben werde und spielte Vorwürfe eines versuchten Staatsstreichs herunter.

"Ich werde die Macht am 14. Januar, wenn mein verfassungsmässiges Mandat ausläuft, an die Person übergeben, die vom souveränen Willen der Mehrheit des guatemaltekischen Volkes gewählt wurde", sagte er, ohne den Namen des ausgerufenen Siegers Arévalo zu nennen. "Ein Wahlausgang, der von unnötiger internationaler Einmischung geprägt war, denn unsere Demokratie mag nicht perfekt sein, aber sie hat uns das Prinzip des Machtwechsels ermöglicht", so Giammattei.

Die Äusserungen des Präsidenten kamen wenige Stunden, nachdem der brasilianische Präsident Lula da Silva in seiner Rede gesagt hatte, dass "in Guatemala die Gefahr eines Staatsstreichs besteht, der den Gewinner der demokratischen Wahlen daran hindern würde, sein Amt anzutreten".

Trotz der Erklärungen des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo zum Putschversuch, des Berichts der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der internationalen Gemeinschaft über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft (MP) gegen die Partei Movimiento Semilla und das Oberste Wahlgericht (TSE) versicherte Giammattei, all jene sagten nicht die Wahrheit, da er ja versprochen habe, das Amt abzugeben.

Andere Themen, die Giammattei angesprochen hat

In seiner Rede ging Giammattei auch auf andere Themen ein, wie z. B. die Migration. Er kritisierte die Länder, die ihre Grenzen schliessen, wenn Menschen aufgrund von Unsicherheit, Nahrungsmangel und wirtschaftlichen Bedingungen vor Krisen fliehen.

Dabei ist Guatemala eines der Hauptauswanderungsländer. Einem Bericht des Migration Policy Institute (MPI) aus dem Jahr 2022 zufolge, leben schätzungsweise 1,3 Millionen Guatemalte*innen in den Vereinigten Staaten.

Darüber hinaus stellte Giammattei die Funktionsweise der Vereinten Nationen in Frage und schlug vor, die Grundlagen der Organisation durch eine vierte Änderung zu reformieren, in der die Anerkennung der souveränen Gleichheit der Länder garantiert würde.

Giammattei sprach sich auch für die Aufnahme Taiwans in die UNO, den Frieden zwischen der Ukraine und Russland und den Abbau von Atomwaffen aus und bot an, guatemaltekische Friedensfachkräfte im Rahmen einer Mission nach Haiti zu entsenden.

Die 107 Lynchmorde seit 2016 zeigen, wie groß die Unsicherheit im Land ist

Guatemala, 20. September - Sacapulas ist eine Gemeinde in Quiché, die sich nach Angaben der Nationalen Zivilpolizei (PNC) bisher durch eine geringe Gewalttätigkeit auszeichnet hat. Die Lynchmorde vom vergangenen Samstag sind daher ein beispielloses Ereignis in diesem Ort. Sacapulas mit 52.000 Einwohnern liegt 194 km von der Hauptstadt entfernt und geriet am vergangenen Wochenende in die Schlagzeilen, als ein Mob zwei mutmassliche Auftragskiller lynchte, die angeblich im Dienste von Geldverleihern standen, die den Tod eines Ladenbesitzers angeordnet hatten, weil dieser eine Schuld von 250.000 Q nicht bezahlt hatte. Zum Hintergrund gehört die Annahme, dass die organisierte Kriminalität wie Coyotaje (= Menschenhändler) und Drogenhandel die Aktivitäten der Einwohner*innen kontrollieren.

Victor Manuel López Cifuentes, 25, und José Alberto Gutiérrez Copen, 23, beide aus Guatemala stammend, wurden von den Dorfbewohner*innen gelyncht, nachdem sie gewaltsam aus einem Streifenwagen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) herausgeholt worden waren. Die beiden waren festgenommen worden, als sie auf einem Motorrad auf dem Weg in die Hauptstadt fuhren.

Einen Tag nach dem Lynchmord wurde ein Mann, der beschuldigt wurde, Waren vom städtischen Markt in Santa Cruz del Quiché gestohlen zu haben, gezwungen, auf dem zentralen Platz der Stadt auf den Knien zu gehen, und erhielt dann 13 Peitschenhiebe als Teil der von den indigenen Anführer*innen verhängten Strafe, mit der Warnung, dass eine Wiederholung des Vorfalls weitere Peitschenhiebe und sogar die Verbannung aus der Gemeinde bedeuten würde. Die Gemeindevorsteher*innen warnten, dass ab Oktober alle, die gestohlene Waren kaufen, auf die gleiche Weise bestraft werden sollen.

Etwas nie Dagewesenes

Esteban Tuy sagt, dass es in den 60 Jahren, die er in Sacapulas lebt, zum ersten Mal zu einem Lynchmord gekommen sei. Seine Gemeinde sei nicht gewalttätig, allerdings sei es zu einem Durchgangsort für Migrant*innen geworden, die

dort Menschenhändler*innen (coyotes) anheuern wollen. Er behauptet, dass die Kontrolle über die Region bei den Drogenbanden liege. "Hier wie auch anderswo kommt es immer wieder zu Diebstählen von Nutztieren wie Hühnern und Schweinen, die durch Auspeitschen der als schuldig Angesehenen gelöst werden, aber so ein Lynchmord ist noch nie passiert, weil die organisierten Verbrecherbanden das nicht zulassen", sagt er und meint offenbar die Drogenbanden. Tuy weist darauf hin, dass die meisten Gemeindeentwicklungsräte aus ehemaligen Angehörigen von Guerilla oder Militär bestehen, was ein weiterer Grund dafür sei, dass sich die Banden (*gemeint sind vermutlich Maras, s.u., d.Red.*) nicht etablieren, geschweige denn Menschen erpressen konnten. "Es gibt Gemeinden, in die nicht einmal die Polizei kommt, weil diese wisse, dass die Nachbarschaft gut organisiert ist", sagt Tuy. Die Berichte des PNC sind nicht weit von der Version der Nachbar*innen entfernt. In den letzten fünf Jahren haben die Banden (*vermutlich Maras, d.Red.*) ihre Präsenz in den Departements verstärkt, obwohl sie in Regionen wie Quiché nicht so weit verbreitet sind wie in der Hauptstadt, weil die Nachbarschaften gut organisiert sind und weil die Strukturen des Drogenhandels ihnen nicht erlauben, die Kontrolle über das Gebiet zu übernehmen.

Jorge Aguilar, Sprecher des Innenministeriums, sagte, dass es in Sacapulas keine grösseren Aufzeichnungen über Gewalt oder Morde gebe und der Lynchmord vom Samstag der einzige sei, der dort bekannt geworden sei. "Sacapulas ist eine Gemeinde, die sich durch eine niedrige Gewalttrate auszeichnet, weil es eine Kultur der Denunziation gibt, aber leider hat eine Gruppe von Menschen die Justiz in die eigene Hand genommen", sagte er.

Vorbereitet

Die Warnungen der Einwohner*innen von Sacapulas, jegliche kriminellen Handlungen zu unterbinden, wurden im April 2022 lauter, als Vertreter*innen des indigenen Bürgermeisteramtes von Santa Cruz del Quiché ankündigten, dass sie bereit seien, salvadorianische Bandenmitglieder zu bestrafen, da Gerüchte kursierten, dass sie sich nach ihrer Flucht aus El Salvador bereits in der Departementshauptstadt aufhielten. Im März 2022 wurde in Santa Cruz del Quiché ein Mann ohne Papiere salvadorianischer Herkunft, der als Javier Argueta García identifiziert wurde, festgenommen, als er einen Kleinbus von einem Mann stahl, der den Motor laufen liess, während er eine Besorgung machte. Der Mann wurde verhaftet und von den Dorfbewohner*innen geschlagen, aber von der PNC gerettet, die ihn ins Krankenhaus brachte.

In Zahlen

Angaben des Zentrums für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN) zufolge wurden von 2016 bis zum Jahr 2023 landesweit 107 Lynchmorde registriert. Nach 2017, als 29 Fälle gemeldet wurden, ist 2022 mit 17 Fällen das Jahr mit der höchsten Zahl solcher Tötungsdelikte. Lynchmorde gab es in 62 der 340 Landkreise. Die Departements, in denen es in den letzten sechs Jahren keine Lynchmorde gegeben hat, sind Baja Verapaz, Quiché und Sololá. Die Departements mit den meisten Fällen sind Guatemala mit 24, San Marcos mit 12 und Escuintla mit 10. Die Gemeinden mit den meisten Lynchmorden sind die Hauptstadt mit neun, Mixco mit fünf und Tajumulco, San Marcos, ebenfalls mit fünf.

Ungeschützt

Walter Menchú, Forscher am CIEN, ist der Ansicht, dass es keinen spezifischen Grund dafür gibt, warum die Zahl der Lynchmorde von Jahr zu Jahr schwankt, und fügt hinzu, dass das Problem nicht nur in ländlichen Gebieten auftritt, sondern vielmehr in Gemeinden, in denen sich die Menschen ungeschützt fühlen und der Justiz nicht vertrauen.

"Wenn sie das Gefühl haben, dass die Justiz nicht auf die von ihnen eingereichten Beschwerden reagiert, fühlen sie sich hilflos und nehmen die Justiz selbst in die Hand", fügt er hinzu.

Laut CIEN haben in den letzten zwei Jahren die Meldungen über Raubüberfälle und Diebstähle zugenommen, aber die Zahl der erfolgreichen Ermittlungen, die zur Bestrafung der Verantwortlichen führte, sei nicht gestiegen. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6